

---

# **Gemeinsam planen für einen gesunde Kommune – die Rolle des ÖGD stärken**

Thomas Preuß

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

**Forum für den Öffentlichen Gesundheitsdienst 2024**  
**Berlin, 17. bis 19. April 2024**



### Etablierte Instrumente anwenden und weiterentwickeln

- ▶ Monitoring in Richtung eines integrierten Ansatzes (einschließlich Frühwarnsystem) ausbauen
- ▶ Entwicklung von Grenzwerten gesetzlich regeln
- ▶ Umwelt- und Gesundheitsfolgen staatlichen Handelns im Voraus abschätzen



### Synergien zwischen Naturschutz und Gesundheit besser nutzen

- ▶ Natur als Gesundheitsressource sichern: Naturschutzziele konsequent umsetzen
- ▶ Naturschutz und Gesundheit auch außerhalb des Umweltsektors effektiv zusammenbringen
- ▶ Naturerlebnisse fördern und eine gerechte Teilhabe ermöglichen



### Den Weg zu einer schadstofffreien Umwelt konsequent verfolgen

- ▶ EU-Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit unterstützen
- ▶ Neue Hierarchie der Schadstofffreiheit beachten
- ▶ Chemikalienverordnung REACH ambitioniert und zügig überarbeiten



### Städte gesund, umweltgerecht und damit zukunftsfähig gestalten

- ▶ Integriertes und räumlich differenziertes Monitoring einführen
- ▶ Umweltgerechtigkeit und Gesundheitsförderung stärken
- ▶ Städtische Grünräume erhalten und ausbauen
- ▶ Kommunen langfristig finanziell unterstützen
- ▶ Präventionsstrategie fortentwickeln



### Koordination und Integration ausbauen

- ▶ Klares Bekenntnis zu ökosoluter Politik auf Führungsebene abgeben, um Integration auf weiteren Ebenen zu fördern
- ▶ Zivilgesellschaftlichen Druck erleichtern: umweltrechtliche Verbandsklagerechte auch für Gesundheitsverbände
- ▶ Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit (APUG) stärken, finanziell und personell unterfüttern

## Ökosolute Politik

Für eine Umwelt, in der alle gut und gesund leben können

# Umweltgerechtigkeit

Kommunen schaffen Rahmenbedingungen für ein qualitativvolles, gesundheitsförderliches Wohn- und Lebensumfeld für die Menschen ihrer Stadt:

- Umweltbelastungen reduzieren und Umweltqualitäten fördern;
- besonderer Handlungsbedarf in mehrfach belasteten Stadtquartieren;
- Sensibilität für gesundheitliche Abwärtsspirale vulnerabler Gruppen.

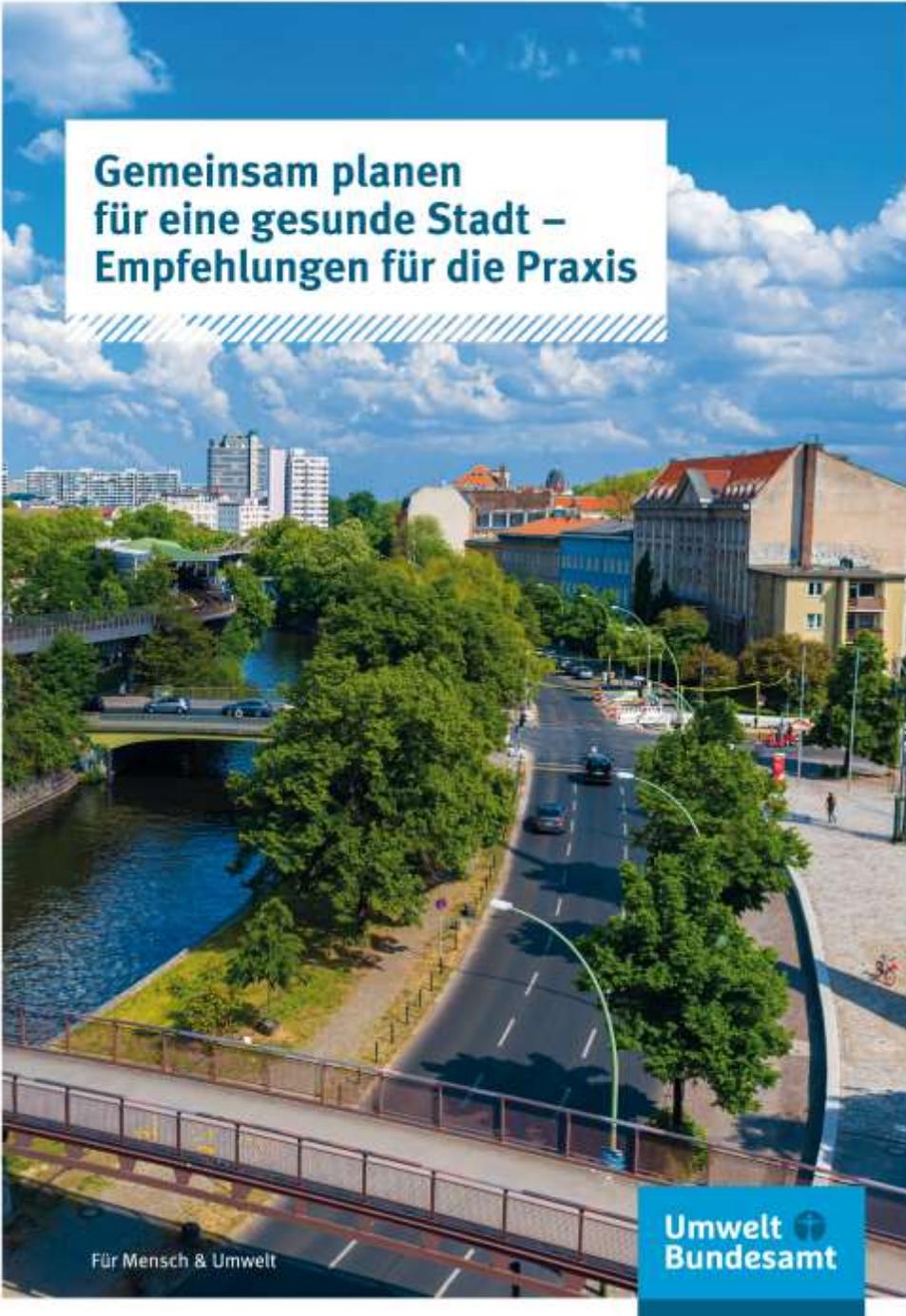
Um mehr Umweltgerechtigkeit zu schaffen, müssen Kommunen

- mehrfach belastete Stadtteile identifizieren,
- in und mit den betreffenden Quartieren Ist-Stand, Bedarfe und geeignete Maßnahmenziele ermitteln,
- Know how und Ressourcen aller relevanten Fachbereiche der Verwaltung zusammenbringen,
- Akteure außerhalb von Politik und Verwaltung einbeziehen.

# Forschungsvorhaben

- REFOPLAN-Vorhaben „Kooperative Planungsprozesse zur Stärkung gesundheitlicher Belange - modellhafte Erprobung und Entwicklung von Ansätzen zur nachhaltigen Umsetzung“ (FKZ 3719 15 2010)
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) in Kooperation mit:
  - LK Argus GmbH
  - Prof. Dr. Heike Köckler
  - Univ.-Prof. Dr. med. Claudia Hornberg
- Laufzeit: 11/2019 – 10/2022





**Gemeinsam planen  
für eine gesunde Stadt –  
Empfehlungen für die Praxis**

**Hrsg.:  
Umweltbundesamt**

**Autor\*innen:  
Christa Böhme, Elke Bojarra-  
Becker, Thomas Franke, Eckhart  
Heinrichs, Heike Köckler, Thomas  
Preuß, Michael Schreiber**

**Veröffentlichung im Januar 2023**

**Umfang: 68 Seiten**

**Download unter:  
[https://www.umweltbundesamt.de/  
publikationen/gemeinsam-planen-  
fuer-eine-gesunde-stadt](https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/gemeinsam-planen-fuer-eine-gesunde-stadt)**

---

# Ziele und Untersuchungsgegenstand

## Ziel

- Stärkung gesundheitlicher Belange in umweltrelevanten Planungsprozessen auf kommunaler Ebene

## Untersuchungsgegenstand

- Mitwirkung von Akteuren aus dem Gesundheitssektor in umweltrelevanten Planungsprozessen zur Stärkung gesundheitlicher Belange („*Kooperative Planungsprozesse*“)
- Berücksichtigung gesundheitlicher Belange in kommunalen Planungen („*Integrierte Planungsprozesse*“):

# Mehr Gesundheit in der Stadt – proaktive Rolle des ÖDG

- **Sensibilisieren**
  - räumliche Verhältnisse für Gesundheit in der Stadt
  - gesundheitliche Belange in der Planung berücksichtigen
  
- **Ermuntern, aktivieren, ermutigen**
  - Gesundheit integrativ und ressortübergreifend begreifen
  - Gesundheit im Verwaltungshandeln und darüber hinaus wirksam implementieren vorhandene Instrumente und nutzen und gemeinsam weiterentwickeln
  
- **Skizzieren von Spielräumen und Handlungsmöglichkeiten der zuständigen Fachämter und der Gesundheitsämter**
  
- **Darstellen von Hinweisen, Empfehlungen, Tipps, Beispielen**

## Sie sind angesprochen:



- ▶ Mitarbeitende in Unteren Gesundheitsbehörden (insbesondere in kommunalen Gesundheitsämtern),
- ▶ Räumlich Planende in Umweltämtern, in für Grün- und Freiraumplanung zuständigen Ämtern und in Ämtern für Stadtplanung und Stadtentwicklung der Kommunen,
- ▶ Politische Entscheidungsträger\*innen in den Kommunen,
- ▶ Mitarbeitende bei Trägern der Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsvorsorge sowie der Sozial- und Gemeinwesenarbeit in den Quartieren,
- ▶ Vertreter\*innen aus Gremien, Verbänden und Interessenvertretungen aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Umwelt, Stadtnatur, Grün sowie Quartiersentwicklung.

# Zielgruppe

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):  
Gemeinsam planen für eine gesunde  
Stadt – Empfehlungen für die Praxis,  
Dessau-Roßlau.

## Was sind gesundheitliche Belange in der Planung?



Verschiedene gesundheitliche Belange sind für umwelt- und raumbezogene Planungen besonders relevant. Hierzu zählen:

- ▶ Ruhe,
- ▶ Erholung,
- ▶ Wohlergehen,
- ▶ Bewegung,
- ▶ Stressbewältigung,
- ▶ Entspannung.

Diese Belange stehen in einem engen Kontext zu Planungen in den Themenbereichen Grün- und Freiraum, Lärmvorsorge und -minderung, Luftreinhaltung, Klimaanpassung und Hitzevorsorge.

# Gesundheitliche Belange in der Planung

Quelle: UBA (2023) (Hrsg.):  
Gemeinsam planen für eine gesunde  
Stadt – Empfehlungen für die Praxis,  
Dessau-Roßlau.

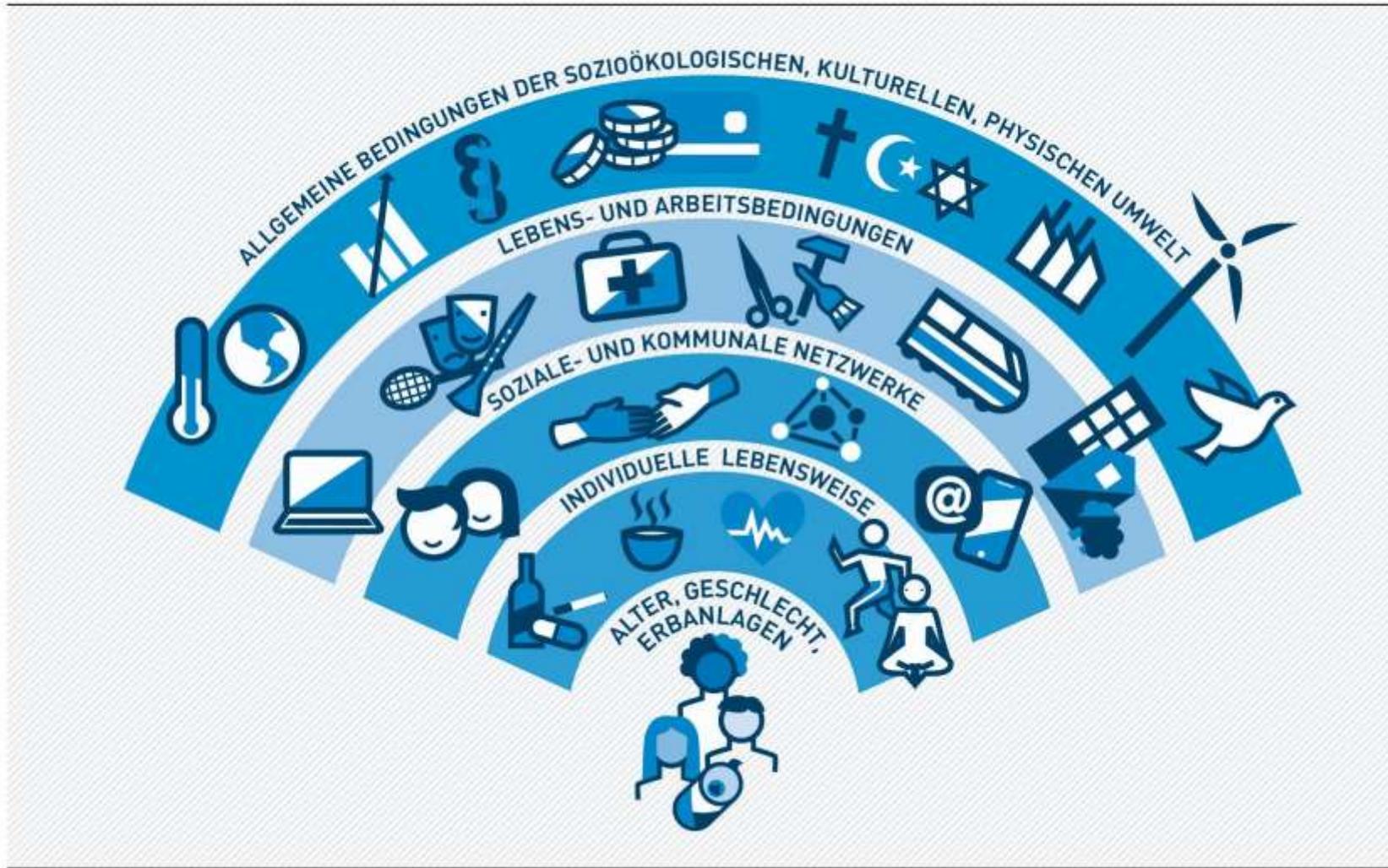
# Was ist eine gesunde Stadt?

- Bild einer „Gesunden Stadt“ (vgl. Ottawa-Charta)
- Viele Faktoren bestimmen Gesundheit
- in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung für Gesundheit handeln
- Umweltgerechtigkeit als normativer Ansatz
- Soziale Ungleichheiten bei Gesundheit erkennen
- Bedarfe vulnerabler Gruppen
  
- programmatische und sonstige Rahmungen u.a. Neue Leipzig Charta, HiaP, Gesunde-Städte-Netzwerk, Memorandum Urbane Resilienz



Foto: nito/bigstock.com

Regenbogenmodell der Gesundheitsdeterminanten



Quelle: eigene Darstellung der HAGE e.V., 2020 nach Dahlgren & Whitehead

# Potenziale der Lärmaktionsplanung

- Darstellung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lärmsituation:  
Lärmvorsorge, ruhige Gebiete, Berücksichtigung von vulnerablen Gruppen,  
Integration von Daten der sozialen und gesundheitlichen Lage
- frühzeitige Einbindung betroffener Fachämter und übrige Träger öffentlicher

## Konkrete Anknüpfungspunkte für die Integration gesundheitlicher Belange in die Lärmaktionsplanung:

- von dauerhaften Lärmbelastungen ausgehende Gesundheitsgefahren und die Zahl Lärmbetroffener durch die Festlegung geeigneter lärmindernder Maßnahmen (Lärmsanierung) vermindern,
- ruhige Gebiete als für die breite Öffentlichkeit zugängliche Freizeit- und Erholungsgebiete, die vor einer Zunahme des Lärms zu schützen sind (Lärmvorsorge), auch in innerstädtischen Lagen, festlegen,
- im städtebaulichen Bestand niedrigere als bisher angewandte Auslöse- oder Zielwerte für Maßnahmen in den Lärmaktionsplänen (vgl. Empfehlungen der WHO-Leitlinien für Umgebungslärm) zugrundelegen,
- unterschiedliche Vulnerabilitäten sowie Ressourcen von Bevölkerungsgruppen in Bezug auf den Umgang mit Lärmbelastungen berücksichtigen,
- Daten der sozialen und gesundheitlichen Lage und der Lärmbelastung integriert einsetzen, um gezielt Maßnahmen und die Festsetzung ruhiger Gebiete in mehrfach belasteten Gebieten für mehr Umweltgerechtigkeit abzuleiten und zu priorisieren,
- betroffene Fachämter und übrige Träger öffentlicher Belange frühzeitig einbinden und Öffentlichkeit umfassend bei der Erarbeitung, Umsetzung und Fortschreibung der Lärmaktionspläne beteiligen,;
- Lärmaktionsplanung eng mit anderen gesundheitsrelevanten Planungen wie Grün- und Freiraumplanung, Verkehrsentwicklungsplanung, Luftreinhalteplanung sowie Stadtplanung (inkl. Bauleitplanung)/ Stadtentwicklungsplanung verzahnen.

# Beiträge des Gesundheitsamts

## Inhaltliche Beiträge

- lärmbezogene Gesundheitsziele und kleinräumiger Gesundheits- und Sozialdaten (z.B. aus Gesundheitsberichterstattung, Sozialberichterstattung) in die Bestandsanalysen der Lärmaktionsplanung frühzeitig einbringen, um mehrfach belastete Gebiete mit Lärmbetroffenheit zu identifizieren,
- besondere Bedarfe vulnerabler Gruppen und/ oder Einrichtungen in allen Verfahrensphasen einbringen,
- über die gesetzliche Pflicht hinausgehende Lärmkartierung und niedrigere Schwellenwerte für die Darstellung in Lärmkarten einfordern,
- gemeinsam mit anderen Ämtern (Umwelt, Soziales) für mehrfach belastete Lagen prioritär Maßnahmen der Lärminderung und die Festlegung geeigneter ruhiger Gebiete erarbeiten.

## Verfahrensbeiträge

- qualifizierte Stellungnahme im Rahmen der Lärmaktionsplanung abgeben, die die oben angeführten inhaltlichen Beiträge aufgreifen,
- Gesundheitsbelange frühzeitig in einem ämterübergreifenden Austauschformat (z.B. ständige oder anlassbezogene Arbeitsgruppe) einbringen.

# Potenziale der Grün- und Freiraumplanung

- nimmt alle Teile sowie Werte und Funktionen von Natur und Landschaft bzw. von Grün- und Freiräumen sowie ihre Wechselwirkungen in den Blick (integrierte Fachplanung),
- Einbezug gesundheitsbezogener Werte und Funktionen von Grün- und Freiräumen (Schutz von Natur und Landschaft als Grundlage für die Gesundheit des Menschen explizit im Bundesnaturschutzgesetz als Ziel verankert).

## Konkrete Anknüpfungspunkte für die Integration gesundheitlicher Belange in die Grün- und Freiraumplanung:

- Grünflächen zu gesundheitsrelevanten Räumen für Bewegung und Sport sowie als Orte der Erholung, Begegnung und Kommunikation entwickeln,
- die vielfältigen kompensatorischen Funktionen des urbanen Grüns mit Blick auf gesundheitsbelastende Umweltbedingungen wie klimatische Belastungen, Luftverschmutzung, Lärm ausbauen,
- Speziell mit Blick auf gesundheitliche Lärmbelastungen:
  - in der Lärmaktionsplanung ausgewiesene „Ruhige Gebiete“ in die Plandarstellungen übernehmen,
  - auf Grünflächen einwirkende Lärmimmissionen betrachten,
  - vegetationstechnische/ingenieurbiologische Maßnahmen zur Lärminderung festlegen,
- sozialraumorientierte Grünversorgungsanalysen erarbeiten und Grün unterversorgte und gleichzeitig sozial benachteiligte Teilräume/ Wohngebiete als zukünftige räumliche Handlungsschwerpunkte festlegen (Umweltgerechtigkeit).

# Beiträge des Gesundheitsamts

## Inhaltliche Beiträge

- gesamtstädtische und teilträumliche Gesundheitsziele und Gesundheitsdaten, z.B. aus der Gesundheitsberichterstattung, dem für die Grün- und Freiraumplanung zuständigen Amt zur Verfügung stellen,
- gesundheitsrelevante Belange wie eine ausreichende Versorgung mit gut erreichbaren Grün- und Freiflächen, die Nutzung der lärmabschirmenden Funktion von Grün, der Erhalt von Grünzügen als Frischluftschneisen, die Ausstattung mit schattenspendenden Straßenbäumen, der Ausbau von Spielplätzen und Kleingärten in den Planungsprozess einbringen,
- auf die besonderen Bedarfe vulnerabler Gruppen wie Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Behinderungen und Erkrankungen in Bezug auf ein grünes Wohnumfeld und weitere Grün- und Freiflächen hinweisen (u.a. altersgruppengerechte Spielplätze, Sitz- und Ruhegelegenheiten, barrierefreie Grünflächen).

## Verfahrensbeiträge

- dem für die Grün- und Freiraumplanung zuständigen Amt eine frühzeitige Mitwirkung des Gesundheitsamtes an der Planung anbieten,
- in ämterübergreifenden Austauschformaten zur Grün- und Freiraumplanung mitarbeiten,
- Stellungnahme zu gesundheitsrelevanten Aspekten der Grün- und Freiraumplanung abgeben.

# Potenziale der Bauleitplanung und der Stadt(teil)entwicklungsplanung

- nachhaltige städtebauliche Entwicklung, die die sozialen, wirtschaftlichen und umweltschützenden Anforderungen auch in Verantwortung gegenüber künftigen Generationen miteinander in Einklang bringt“ (Bauleitplanung),
- Themen (u.a. Gesundheit) und Akteure integrieren auf gesamtstädtischer oder teilräumlicher Ebene (Stadt(teil)entwicklungsplanung).

## Konkrete Anknüpfungspunkte für die Integration gesundheitlicher Belange in die der Bauleitplanung und der Stadt(teil)entwicklungsplanung:

- Festlegung von Frei- und Erholungsflächen, Frischluftschneisen, erträgliche bauliche Dichte festlegen (Bauleitplanung),
- Im Umweltbericht u.a. auf Schutzgut Mensch und menschliche Gesundheit fokussieren (Bauleitplanung)
- gesundheitlichen Belangen bzw. Themen (Lärm, Luftverunreinigungen, Gerüche und darüber hinaus) mehr Bedeutung geben, z.B. in vorgeschalteten städtebaulichen Wettbewerben (Bauleitplanung)
- als handlungsleitendes Querschnitts- oder Leitthema oder Handlungsfeld „Gesundheit“ als eigenständiges Fachthema in Stadt(teil)entwicklungsplänen berücksichtigen (Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- inhaltliche Handlungsschwerpunkte für die Gesamtstadt sowie für städtische Teilräume festlegen, Schnittstellen unterschiedlicher Fachplanungen identifizieren (Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- Grundlagen für die Entwicklung sozialraumbezogener Gesundheitsprojekte schaffen z.B. zur Projektförderung auf Basis des Präventionsgesetzes (Stadt(teil)entwicklungsplanung).

# Beiträge des Gesundheitsamts

## Inhaltliche Beiträge

- gesundheitsrelevante Belange in Bezug auf Wohnen und Wohnumfeld wie ausreichend
- Grün- und Freiflächen, Schutz vor Lärm oder Schutz vor Hitze und Überwärmung in den Flächennutzungsplan und in Bebauungspläne einbringen (Bauleitplanung, Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- besondere Bedarfe vulnerabler Gruppen in Bezug auf Wohnen, Wohnumfeld sowie Grün- und Freiflächen formulieren (Bauleitplanung, Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- frühzeitig stadtweite und baugebietsbezogene Gesundheitsziele und kleinräumige Gesundheitsdaten einbringen (Bauleitplanung, Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- gemeinsam mit anderen Ämtern (z.B. Stadtplanung, Umwelt, Soziales) Gebiete mit mehrfachen Belastungen identifizieren, um in diesen Lagen prioritär die Wohn- und Umweltverhältnisse zu verbessern (Bauleitplanung),
- gesundheitsrelevante Belange in einem eigenständigen Kapitel „Gesundheit“ in Leitbildern und integrierten Stadt(teil)entwicklungskonzepten darstellen (Stadt(teil)entwicklungsplanung).

## Verfahrensbeiträge

- Gesundheitsbelange frühzeitig in einem ämterübergreifenden Austauschformat (z.B. ständige oder anlassbezogene Arbeitsgruppe) einbringen (Bauleitplanung, Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- in qualifizierten Stellungnahmen zur Flächennutzungsplanung bzw. Bebauungsplanung gesundheitsrelevante Aspekte darstellen und Nachbesserungen bei Planungsinhalten erwirken (Bauleitplanung),
- integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung in kommunale Gesundheitskonferenzen einbringen,
- als Akteur an informellen Beteiligungsverfahren (stadtweit und auf Quartiersebene) teilnehmen und Gesundheitsbelange thematisieren (Stadt(teil)entwicklungsplanung),
- Gesundheitsbelange im Rahmen von Netzwerkarbeit auf der Quartiers- bzw. Sozialraumebene einbringen (Stadt(teil)entwicklungsplanung).

# 4

## Gemeinsam für mehr Gesundheit in der Stadt .....

Handlungsempfehlung 1: Innerhalb der Verwaltung voneinander über Gesundheit und Planung lernen.....

Handlungsempfehlung 2: Daten zur gesundheitlichen und sozialen Lage sowie Umweltdaten erfassen, zusammenführen und austauschen .....

Handlungsempfehlung 3: Mit passenden Strukturen in der Verwaltung zusammenwirken .....

Handlungsempfehlung 4: Öffentlichkeit einbeziehen und Allianzen für Gesundheit bilden .....

Handlungsempfehlung 5: Gesundheitsämter zu proaktiv Planenden qualifizieren.....

Handlungsempfehlung 6: Ausreichende Ressourcen für die umfassende Berücksichtigung von gesundheitlichen Belangen in der Planung bereitstellen .....

# 5

## Fazit: Die gesunde Stadt ist machbar.

- **Fachliche Voraussetzungen schaffen und ausbauen**
- **Akteurs- und bereichsübergreifend Spielräume nutzen**
- **Rahmenbedingungen verbessern**
- **Planung in gesamtstädtischen Ansatz für mehr Gesundheit einbetten**
- **„Anpacken“ und vorangehen: für lebenswerte und gesunde Städte**

- 
- **Fachliche Voraussetzungen schaffen und ausbauen**
    - Leitbilder und Ziele definieren,
    - Gemeinsames Aufgaben- und Begriffsverständnis entwickeln,
    - solide Datengrundlagen schaffen,
    - fachliche Schnittstellen erkennen und planerisch berücksichtigen.
  
  - **Akteurs- und bereichsübergreifend Spielräume nutzen**
    - mit passenden Formen und Strukturen der Zusammenarbeit,
    - mit aktiver Beteiligung der Unteren Gesundheitsbehörden an den Planungen,
    - mit aktiver Rolle und Selbstverständnis der Unteren Gesundheitsbörden,
    - mit umfassender und aktivierender Beteiligung von Bürger\*innen, Behörden, Verbänden und Zivilgesellschaft,
    - mit Austauschformaten zwischen Kommunalverwaltung und -politik sowie mit verwaltungsexternen Akteuren,
    - in Allianzen für Gesundheit in der Stadt.

- **Rahmenbedingungen verbessern**
  - fachliche Expertise in Verwaltungen ausbauen,
  - Mitwirkung der Unteren Gesundheitsbehörden an Planungen als Aufgabe des Öffentlichen Gesundheitsdienst fest verankern,
  - Untere Gesundheitsbehörden mit qualifiziertem Personal ausstatten,
  - Aus- und Weiterbildung qualifizieren.
  
- **Planung in gesamtstädtischen Ansatz für mehr Gesundheit einbetten**
  - Commitment der Kommunalpolitik im Sinne von Health in All Policies (HiAP)
  
- **„Anpacken“ und vorangehen: für lebenswerte und gesunde Städte**
  - Spielräume für bessere Berücksichtigung gesundheitliche Aspekte bereits heute nutzen,
  - Gesundheit in der Stadt im Kontext von Energiewende, Mobilitätswende und Klimaanpassung stärken - für mehr Lebensqualität.

# Beispiele und Praxistipps



## **Praxistipp:** **Gesundheit in Arbeitsgruppen bzw. Ämter- und Planungskonfe- renzen frühzeitig mitdenken**

In vielen Kommunen bestehende ämterübergreifende Austauschformate, in denen sich die Fachämter – jenseits gesetzlich vorgeschriebenen Ämterbeteiligung – regelmäßig über Planungsthemen bzw. anlassbezogen zu konkreten Planungen austauschen. Derartige Arbeitsgruppen bestehen u.a. in Bremerhaven, Dresden, Düsseldorf und Mannheim. In Nürnberg z.B. bestehen Erfahrungen mit ämterübergreifenden Gebietsteams, die teilräumliche Planungen eng begleiten. Zumeist werden in diesen Austauschformaten Themen bzw. Planungen der Stadtplanung- und -entwicklung, der Grün- und Freiraumplanung oder Umwelthemen wie u.a. Lärminderung erörtert. Fachübergreifende Ämter- bzw. Planungskonferenzen werden z.B. in Dresden oder Göttingen durchgeführt. Hieran sind teilweise auch die Gesundheitsämter beteiligt. Sind die Gesundheitsämter in diesen Austausch eingebunden, können gesundheitliche Belange frühzeitig ausgelotet und eingebracht werden. Zudem wird für die Gesundheitsämter frühzeitig erkennbar, ob absehbar gesundheitliche Belange betroffen sein könnten und eine Stellungnahme erforderlich wird (UBA 2023).



## **Praxistipp:** **In Scoping-Terminen gesundheitliche Belange einbringen**

Der Einleitung eines Genehmigungsverfahrens für eine Planung kann ein Scoping-Verfahren vorgeschaltet werden. Dies zielt darauf ab, zu einem sehr frühen Zeitpunkt in einem gemeinsamen Termin weiteren betroffenen Behörden zu kommunizieren, welche Unterlagen absehbar für das Vorhaben relevant sind. Hier haben Gesundheitsämter die Möglichkeit, frühzeitig und auf kurzem Wege mögliche gesundheitliche Belange bzw. Ziele einzubringen sowie Erfordernisse in Bezug auf Daten und Untersuchungen abzustimmen. Eine Einladung zu einem Scoping-Termin sollte daher auch an Gesundheitsämter ergehen und auch durch Vertreter\*innen vom Gesundheitsamt wahrgenommen werden.



## **Landschaftsprogramm Bremen: Sozialraumorientierte Versor- gungsanalyse**

Die Freie Hansestadt Bremen hat 2015 ihr Landschaftsprogramm fortgeschrieben. Um Ortsteile zu identifizieren, die neben einem unterdurchschnittlichen Angebot mit Grün- und Freiflächen gleichzeitig einen unterdurchschnittlichen Sozialindex aufweisen, wurde eine kartografische Überlagerung von Grünversorgung und Sozialindex durchgeführt. Vorrangig in diesen Ortsteilen sollen die vorhandenen Grün- und Freiflächen besser vernetzt, Einschränkungen ihrer Zugänglichkeit aufgehoben und neue Grünflächen, insbesondere Kinderspielplätze und Naturerfahrungsräume sowie Quartiersparks und -plätze geschaffen werden (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr 2016).

# Forschungsvorhaben

- REFOPLAN-Vorhaben „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“ (FKZ 3719 61 279 0)
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)
- Laufzeit: 05/2020 – 04/2022





**Hrsg.:**  
**Umweltbundesamt**

**Autor\*innen:**  
**Christa Böhme, Dr. Thomas Franke, Daniela Michalski, Dr. Bettina Reimann, Wolf-Christian Strauss**

**Veröffentlichung im Juli 2022**

**Umfang: 84 Seiten**

**Download unter:**  
**[https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba\\_mehr\\_umweltgerechtigkeit.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/uba_mehr_umweltgerechtigkeit.pdf)**

# Auswahl Guter Praxis

## inhaltliche Kriterien

- Lärmschutz
  - Luftreinhaltung
  - Verkehr und Mobilität
  - Freiraumentwicklung
  - Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel
  - Gesundheitsförderung
  - Umweltbildung
- klare Zielorientierung
  - Sozialraumbezug
  - Soziallagenbezug
  - ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung
  - Beteiligung von Zielgruppen
  - Nachhaltigkeit
  - innovativer Gehalt
  - Evaluation und Qualitätsmanagement

## formale Kriterien

- regionale Verteilung nach Bundesländern
- unterschiedliche Gemeindegrößen und Kommunetypen
- verschiedene räumliche Ebenen und Lagen
- verschiedene Projektdimensionen

# Das ist Gute Praxis!

## Mehrfach belastete städtische Teilräume identifizieren

- Berlin
- Gelsenkirchen
- Mannheim



© Wolf-Christian Strauss

# Das ist Gute Praxis!

Integrativ denken und ressortübergreifend handeln

- Herne



© Stadt Herne

- Kassel



© Stadt Kassel

# Das ist Gute Praxis!

## Planerisch-strategisch vorgehen

- Leipzig



© Thomas Franke

# Das ist Gute Praxis!

Mit Partner\*innen außerhalb von Politik und Verwaltung  
zusammenarbeiten

- Dresden



© Wolf-Christian Strauss

- Münster



© Stadt Münster

# Das ist Gute Praxis!

## Quartiersbewohner\*innen beteiligen und bürgerschaftliches Engagement unterstützen

- Halle (Saale)



© Stadt Halle (Saale)

- Stadtallendorf



© Markus Hirth

# Das ist Gute Praxis!

Kinder und Jugendliche besonders in den Fokus nehmen

- Güstrow
- Saarlouis



© Wolf-Christian Strauss



© Wolf-Christian Strauss

# Das ist Gute Praxis!

## Umweltbelastungen abbauen

- Potsdam



© Wolf-Christian Strauss

# Das ist Gute Praxis!

Freiräume qualifizieren und Grünanteile in mehrfach belasteten Quartieren erhöhen

- Achim
- Bremen
- Nürnberg



© Stadt Nürnberg



© Stadt Bremen

# Fazit

**Mehr Umweltgerechtigkeit lohnt sich – und kann in jeder Kommune geschaffen werden!**



© Wolf-Christian Strauss

---

**Thomas Preuß**  
**Teamleiter Ressourcen und Immissionsschutz**  
**Forschungsbereich Umwelt**  
**Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)**  
**Zimmerstr. 13-15**  
**10969 Berlin**  
**Tel.: +49 (0)30 39001-265**  
**Mail: [preuss@difu.de](mailto:preuss@difu.de)**  
**[www.difu.de](http://www.difu.de)**